

Enquete: Beziehungen EU-Türkei

Alex Demirović

Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main

Es wäre wohl falsch, die EU einerseits, die Türkei andererseits als homogene Blöcke zu betrachten. Die EU ist historisch kein einheitliches Projekt und kein Projekt einheitlicher Kräfte. Es ist durch verschiedene Phasen hindurchgegangen, solche der Beschleunigung, solche der Verzögerung; es gab verschiedene Akteure. Die Motive und Interessen, die den Integrationsprozess bestimmt haben, wechselten. Mit der zunehmenden Konsolidierung des Projekts haben sich daran auch neue Interessen angelagert, die befürchten mussten, zur Seite geschoben zu werden. Historisch prägend war sicherlich die Herstellung einer Friedensordnung unter der Ägide der von den USA dominierten Nato. Es folgten Schritte der wirtschaftlichen Integration, die gemeinsame Märkte für Kohle und Stahl und Agrarprodukte schufen. So konnten Monopolmärkte geschaffen und Konkurrenz beseitigt werden. Die weitere Wirtschaftsintegration hat diesen Prozess fortgesetzt und durch die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums die Wettbewerbsbedingungen auch im Verhältnis nach außen verbessert. Die Währungsintegration seit den 1980er Jahren schuf Währungsstabilität – ein wichtiger Faktor für die europäische Industrie, die ihre Haupthandelspartner vor allem in den europäischen Ländern hatte und hat. Die einheitliche Währung gewährt schließlich auch eine gewisse Unabhängigkeit vom Dollar und stellt einen Schutz vor Währungsspekulationen dar; nicht auszuschließen ist, dass sich zukünftig der Euro neben dem Dollar als Weltgeld etabliert und damit die Wettbewerbsfähigkeit der EU noch weiter steigert. Mit der Erweiterung der EU sind eine ganze Reihe von Parametern wie Technologieentwicklung, arbeitsfähige Bevölkerung, Währung etc. verbunden, die auf optimale Weise aufeinander abzustimmen nicht einfach ist. Da es keine einheitliche Strategie und viele zum Teil gegensätzliche Interessen gibt, verläuft auch das Verhältnis der EU zur Türkei eher schwankend, mal befürwortend, mal skeptisch. Die Türkei ist interessant wegen der billigen und jungen Arbeitskräfte, der niedrigen Sozialstandards und der hohen Hindernisse bei der Organisation der Arbeiterschaft, des großen Marktes, als Mittelmeeranrainer, als Türöffner zur islamischen und mittelasiatischen Region, starkes Militär. Das sind aber gleichzeitig auch die Gesichtspunkte, die Skepsis hervorrufen: migrationsbereite Arbeitskräfte, geringe Produktivität der Wirtschaft, wenig kapitalisierte Landwirtschaft, Nähe zu Krisengebieten des Nahen Ostens, undemokratische Strukturen, die das Militär der Politik nicht untergeordnet haben. Es bedarf sicherlich großer Anstrengungen in der Türkei und in der EU, entsprechende wirtschaftliche und technische Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen. Starke klientelistische und familiale Muster, die die Logik der kapitalistischen Akkumulation in der Türkei prägen, werden hier offensichtlich als Modernisierungshindernis gesehen (was, wie Castells für die Akkumulationsdynamik in Südostasien zeigt, der Sache nach unangemessen ist). Insgesamt sind die Sachverhalte und Interessenkonstellationen auf so unübersichtliche Weise komplex, die Vor- und die Nachteile wenig eindeutig verteilt, dass es deswegen keine eindeutigen Optionen und Parteilinien gibt, sondern sich die Kräfte gegenwärtig in etwa die Waage halten.

Die gegenwärtigen Kontroversen hinsichtlich der Türkei haben mit diesen strategischen Unklarheiten zu tun. Es geht um die Frage, welche Vor-, welche Nachteile überwiegen und ob es doch übergreifende Strategien gibt. Darüber hinaus werden nun mit der Türkei weitere politische und kulturelle Fragen brisant, die in der gegenwärtigen Diskussion aufbrechen. Es stellt sich die Frage, wo die Territorialgrenze der EU im Osten gezogen werden soll. Da es bislang keine Erweiterungsstrategie gibt, verdichtet sich das Problem nun in der Türkei, aber auch zu Russland gibt es entsprechende Kommentare, dass es nicht zu Europa gehöre. Im Unterschied zu Russland, das als asiatisch und barbarisch gilt, aber immerhin zur christlichen und kulturellen Tradition Europas gezählt wird, mit dem es die Literatur, die Malerei, die Musik teilt, stellt die Türkei eine wirkliche Herausforderung der symbolischen Ordnung Europas dar. Denn Europa versteht sich aus der Perspektive vieler Einzelstaaten als christliches Europa. Die Türkei steht für viele als das Andere: religiös und kulturell ist es der Islam; Literatur, Musik, Malerei, Film oder Architektur sind wenig bekannt und wirken fremdartig. Deswegen sind die herrschenden Gruppen ebenso wie die Bevölkerung hinsichtlich einer Integration der Türkei gespalten. Wohl ist historisch betrachtet das Gebiet der Türkei seit der Antike eines der Kerngebiete Europas, von dort kommt die Idee Europas, aber das ist nicht das Bewusstsein der europäischen Eliten. Das osmanische Reich und die Türkei selbst gehören seit Jahrhundert zu Europa. Es wird gesagt, dass die Osmanen lange Zeit gegen Europa Krieg geführt habe. Die historische Erfahrung mit der »Erbfeindschaft« Deutschland–Frankreich lehrt allerdings, dass auf paradoxe Weise auch Kriege verbinden. Seit zweihundert Jahren finden in der Türkei Welle für Welle Modernisierungsprozesse statt, die sich an den gesellschaftlichen Entwicklungen Westeuropas orientieren. Anders als in Ländern mit einer ähnlichen Erfahrung wie Japan oder Südkorea hat dies bislang nicht zu großen wirtschaftlichen Erfolgen geführt. Hier müsste man einmal nachdenken, ob nicht gerade die zu große Nähe zu Europa und der zwanghaft- neurotische Charakter der Modernisierung Nachteile mit sich brachten. Jedenfalls stößt die Integration der Türkei unter den vor allem konservativen Herrschaftsgruppen auf große Vorbehalte. Das Verhältnis wird einseitig aufgefasst. Es ist gegenwärtig noch nicht so, dass auch Europa einsieht, dass es sein Selbstverständnis ändern und den Orientalismus überwinden müsste. Die positive Beurteilung Türkei ist vorwiegend instrumentalistisch-wirtschaftlich oder moralisch- multikulturalistisch: die anderen respektieren. Das ist zweischneidig, weil es bei Reibungen immer wieder die Tendenz zur Ablehnung der Integration von EU und Türkei stärken kann. Die Situation wird lange noch ambivalent bleiben; und es scheint mir eines der wichtigen Projekte der Linken in der Türkei und in der EU, im Zuge der Aufnahme der Türkei endlich damit zu beginnen, für eine Gestaltung der EU einzutreten, die sie von der historischen Lasten und marktliberalen Zwängen befreit und gemeinsam die EU zu demokratisieren und die auf Wettbewerbsfähigkeit abzielende Lissabon-Strategie durch neue Ziele zu ersetzen.

Bülent Küçük

Humboldt Universität, Berlin

Die türkische Differenz ist ein formatives Moment für die europäische Identität, in dem entweder neue Geschichten erzählt werden oder alte Geschichten rekonstruiert werden. Sie bringt unmittelbar die Frage mit sich, wo die europäischen symbolischen

Grenzen aufhören oder anfangen, da die Dichotomie zwischen Identität und Differenz, zwischen Innen und Außen im türkischen Fall aufgrund der uneindeutigen symbolischen und geographischen Grenzen zwischen Europa und der Türkei zusammenbricht. Ist die Türkei für die Einen der ideale Ort für das Treffen von West und Ost, so bedeutet sie für die Anderen den idealen Ort für gegenseitige Grenzziehung. Insofern kann nur der Begriff Ambivalenz die Struktur des europäischen und türkischen Verhältnisses erläutern: ein paradoxes Verhältnis zwischen Attraktion und Bedrohung.

Die Türkei erbringt seit ca. 100 Jahren performative Leistungen, um Europa zu imitieren, und fühlt sie sich gleichzeitig von Europa bedroht. Die politischen Reformen im Rahmen von Beitrittsverhandlungen werden weniger als eine Lösung aktueller politischer und sozialer Probleme, sondern vielmehr entweder als Kodex und Symbol einer gewünschten oder als Bedrohung einer gefürchteten Verwestlichung angesehen. Reformen haben in erster Linie einen taktischen pragmatischen Charakter in dem Spiel, dessen Spielregeln von Europa festgelegt und beobachtet werden. Diese ambivalente nationale Imagination, die unter mangelnder Historizität und Reflexivität leidet, ist mehr als eine Begeisterung und ein Hassgefühl, sie kennzeichnet die türkischen Machtstrategien. Sie ist jenes Dispositiv, das die türkischen Machtstrukturen konsolidiert, in dem es stetig jene Differenzen und Dissense unterdrückt, sie durch Bedrohungserzählungen in internen und externen Anderen transformiert und den gesellschaftlichen Dissens außer Kraft setzt. Es bestimmt, was vorzustellen ist und was nicht, was wahr und was falsch ist. Es markiert also Grenzen der Vorstellung von Modernisierung. Während Europäisierung für den nationalistischen Bürokraten und Eliten Bedrohung bedeutet, bedeutet sie für die internen Anderen (liberale Islamisten, Kurden etc.) eine Chance für die Teilnahme und Teilhabe an Macht. Die politischen Normen, die durch die EU objektiviert wurden, bieten für diese internen Anderen eine Legitimationsbasis, und bieten vor allem symbolische Opportunitäten für Resistenz gegenüber dem modernistischen zentralistischen Diskurs und Dispositiv.

Die europäische Identität ist genauso ambivalent: Insbesondere ist die Ostgrenze zu erwähnen, die immer eine ambivalente Funktion für die Formierung einer europäischen Identität bildete: Ambivalent, weil sie einerseits primär für Europa eine Grenze der Exklusion war und immer noch ist, die die Identität Europas sicherstellt, andererseits war sie jene Grenze, die immer wieder überschritten und neu definiert werden musste. Jedes Mal, wenn der »Kern« Europa sich transformiert und sich neu definiert hat, war die Umdefinierung und Festlegung der Ostgrenze eine unmittelbare Folge, sowohl die Überschreitung, als auch die Ausschließung gegenüber dem Osten. Eine Grenze, die verteidigt und überschritten werden muss: eine Grenze von Furcht und Attraktion gleichzeitig. Eine Grenze, die sich historisch mehrmals neu definiert und verschoben und sich in neue Formen verlagert hat, die aber nie verschwunden ist. Jede neue Grenzziehung impliziert die alten Spuren. Europa bewegt sich seit den 1990er Jahren zwischen einer postmodernen Diskursgesellschaft mit einer prinzipiell offenen inklusiven Identität, und einer neoorientalistischen kulturellen Gesellschaft mit exklusiver Identität, und somit zwischen politischer Offenheit und kultureller Schließung.

Gerade diese wechselseitige Ambivalenz zwischen Europa und der Türkei gibt mehr Spielraum für den Kampf um die Deutungsmacht. Die Frage, nach welcher

Wahrheits- bzw. Identitätspolitik ein Inhalt europäischer Identität fixiert wird und wie die Türkei darauf reagiert bekommt insofern eine zentrale Relevanz. Eben diese Frage erzeugt den Dissens auf der europäischen und auf der türkischen Ebene. Es geht darum, zu definieren bzw. zu erfinden, was das gemeinsame Eigene und was das unerträgliche Andere ist.

Tonguç Çoban

DISK – Confederation of Progressive Trade Unions of Turkey, Istanbul

Die Türkei-EU Beziehungen muss man von zwei Seiten sehen, die EU aus Seiten der Türkei und die Türkei aus Seiten der EU. Beide Akteure haben unterschiedliche Positionen und bewerten dementsprechend auch den Beitrittsprozess. Die gesellschaftlichen Kräfte in der EU bzw. in der Türkei tragen ihre Konflikte über die Türkei und vice versa aus. Durch Abstraktion lässt sich dennoch eine generelle Einschätzung über das unübersichtliche Feld herausarbeiten.

In der Türkei sind es vor allem die nationalistischen Rechten und Linken, die die EU kategorisch ablehnen. Sicherlich lässt sich über dieses Phänomen streiten, aber das ist ein anderes Thema. Trotz unterschiedlicher Nuancen in ihren beiden Positionen ist vor allem die gemeinsame Auffassung erkennbar, dass die EU es vor allem auf die Integrität der Türkische Republik abgesehen hat. Diese Auffassung stößt in der Gesellschaft zwar momentan nicht auf allzu große Resonanz, trotzdem liegt es nahe, dass bei jedem aufflammenden Konflikt mit der EU diese Positionen Zulauf bekommen wird. Das Gleiche lässt sich auch für die EU feststellen. Vor allem in Frankreich, Österreich, Deutschland und in den Niederlanden argumentieren die Rechten, dass eine Mitgliedschaft der Türkei die Strukturen der EU bedrohen und sogar zu einer Teilung führen würde. Mit Auflösungs- und Zersplitterungsszenarien begründen die nationalistischen Kräfte in beiden Lagern ihre Ablehnung des jeweils Anderen.

Diese Ansätze bestimmen aber nicht ausschließlich die politischen Positionen in den Beziehungen. Es existieren auch Kräfte die eine positive Entwicklung vorhersagen. Auch hierbei sind unterschiedliche Neigungen zu beobachten.

In der Türkei behaupten Kapitalfraktionen und Liberale, dass eine türkische EU-Mitgliedschaft die kapitalistische Entwicklung und zivilgesellschaftliche Freiheiten festigen werden. Dieser Ansatz vertritt die Auffassung, dass die inneren Dynamiken der Türkei nicht im Stande sind, eine Demokratisierung und wirtschaftliche Liberalisierung zu ermöglichen. Deshalb sei ein von der EU ausgehender externer politischer Druck notwendig und begrüßenswert.

Die europäische Version dieser Politik wird stärker in den mediterranen Ländern wie Italien und Spanien sowie von England vertreten. Für England zum Beispiel ist eine EU, die aus liberalisierten Freihandelszonen besteht, wichtiger als ein vereintes Europa. Deshalb wird eine Mitgliedschaft der Türkei, und auch weil sie ein wichtiger Verbündeter der USA ist, sowohl ökonomisch als auch sicherheitspolitisch hoch eingeschätzt. Die kulturelle Identität, die für Frankreich, Deutschland und Österreich ein Unsicherheitsfaktor darstellt, bewertet England als Grundstein eines neuen Sicherheitskonzepts.

Die positive Einstellung in ihrer linken Version bezieht sich auf die sozialen Kämpfe in der EU. Die europäischen Klassen- und Sozialkämpfe werden als wichtige Möglichkeiten angesehen, um ein sozialeres Europa zu ermöglichen. Dafür ist

es wichtig, die sozialen Kämpfe auf europäischer Ebene zu bündeln, um von deren Potentialen und Mechanismen zu profitieren. Die bevorstehenden Beitrittsverhandlungen werden in diesem Zusammenhang als wegöffnend gesehen. Um es genauer zu formulieren, diese linke Perspektive akzeptiert sehr wohl, dass die EU von neo-liberalen Kräften geprägt wird, gleichzeitig wird aber betont, dass ein Kampf gegen die Neoliberalisierung nicht isoliert im nationalstaatlichen Rahmen, sondern auf EU Ebene geführt werden muss. Diese Auffassung wird sowohl von den europäischen als auch den türkischen Gewerkschaften geteilt. Persönlich stehe auch ich dieser letzten Position nahe.

Dorothee Bohle

Central European University, Budapest

Erweiterungen um semi-periphere Staaten sind seit den 1990er Jahren zu einem zentralen Bestandteil des neoliberalen Umbaus der EU geworden. Sie werden wesentlich von transnationalem und export-orientiertem Kapital unterstützt, die ihre Wettbewerbsfähigkeit durch den Zugriff auf Niedriglohnländer zu erhöhen suchen. Dies ist zunächst mit der Osterweiterung deutlich geworden. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei weist eine Reihe von Ähnlichkeiten mit der Osterweiterung der EU auf. Ähnlich wie Osteuropa, so hat auch die Türkei nach dem Scheitern einer nationalstaatlichen Entwicklungsstrategie – in diesem Fall der importsubstituierenden Entwicklung – unter der Leitung von IWF und Weltbank eine neue, neoliberale Phase der Entwicklung eingeleitet, und sucht diese seit Mitte der 1990er Jahre durch die Anbindung an die EU abzusichern. Innerhalb der EU deutet sich an, dass diejenigen sozio-ökonomischen Kräfte, die die Osterweiterung unterstützt haben, sich auch für die Erweiterung der EU mit der Türkei aussprechen. Dies gilt einerseits für Länder wie Großbritannien, welche in der Erweiterung ein Mittel gegen die (insbesondere sozialpolitische) Vertiefung der EU sehen, und andererseits für Kräfte des exportorientierten und transnationalen Kapitals. Exemplarisch kann dies an der Position des European Roundtable of Industrialists (ERT), eine Organisationen, welche die am stärksten transnationalisierten Segmente des europäischen Kapitals vertritt, gezeigt werden. Der ERT, der sowohl in dem neoliberalen Umbau in der EU, wie auch in der Osterweiterung eine zentrale Rolle gespielt hat, hat sich deutlich für Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei ausgesprochen, und hier bereits einen »Erweiterungsrat« eingerichtet, der die türkische Regierung auf ihrem Weg in die EU regelmässig beraten soll. Der ERT begründet sein Engagement damit, dass eine Türkei-Erweiterung die Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken kann.

Ähnlich wie im Fall der Osterweiterung zeichnen sich langwierige Beitrittsverhandlungen mit unsicherem Ausgang ab. Die Beitritts*perspektive* und die damit verbundene Konditionalität ermöglicht es der EU, im Kandidatenland ihre neoliberale Agenda durchzusetzen und alternative Entwicklungswege auszuschalten. Zugleich deutet sich bereits jetzt an, dass – sollte es zu einem Beitritt der Türkei kommen – die EU nicht bereit sein wird, der Türkei umstandslos gleiche soziale Rechte wie den alten Mitgliedern einzuräumen, etwa in Bezug auf Regional- und Strukturpolitik, und die freie Mobilität der ArbeitnehmerInnen. Auch diese Vorgehensweise hat ihre Präzedenz in der Osterweiterung, wo zumindest für eine Übergangsperiode die Neumitglieder eine Mitgliedschaft zweiter Klasse erfahren. Es ist durchaus denkbar,

dass der Türkei Beitritt zu einem dauerhaften Mehr-Klassen Europa führt – wo möglicherweise bereits die neuen osteuropäischen Mitgliedsländer sich zusammen mit der Türkei in der zweiten Klasse wiederfinden werden.

Mehmet Turkey

Marmara Universität, Istanbul

Die EU ist ein kapitalistisches Projekt, das eine bestimmte innere Hierarchie entwickelt hat. In diesem Sinne wird die Erweiterung der EU durch die für die Kapitalakkumulation charakteristische ungleiche Differenzierungs-, Exklusions- und Inklusionsmechanismen geprägt. Die Resultate dieser Mechanismen artikulieren sich in den Kämpfen und Spannungen innerhalb und zwischen den Klassen in der EU und in der Türkei. In diesem Kontext werden die Gesellschaftsprojekte als Klassenprojekte durch die Kräfteverhältnisse in diesen Kämpfen bestimmt. Das Türkische Großkapital (TÜSIAD) betrachtet seit seiner Befürwortung der Zollunion eine EU-Mitgliedschaft als eine Möglichkeit, ihre Manövrier- und Konkurrenzfähigkeit in der globalen kapitalistischen Konkurrenzhierarchie zu erweitern. Die Akteure und Projekte, die den Beitrittsprozess unterstützen, sind NGOs, die aus dem neoliberalen hegemonialen Umfeld kommen und sich durch Fonds, die von der EU und von türkischen Kapitalfraktionen bereitgestellt werden, finanzieren. Die Feststellung von Marx, dass sich das Kapital eine Welt ihrer eigenen Form entsprechend hervorbringt, findet hier Bedeutung, weil der heute erreichte Stand sich durch einen breiten Stellungsverlust der Arbeiterklasse in der EU und der Türkei auszeichnet.

Die Diskussionen, die in der Türkei in diesem Kontext über die EU laufen, sind äußerst oberflächlich. Innerhalb und zwischen der Linken und Rechten wird das Thema hauptsächlich über Konzepte der Nation diskutiert. Anstatt den Prozess als Ergebnis von Klassenkämpfen zu betrachten, wird die EU-Türkei Beziehung als das Gemeinwohl fördernd und/oder nicht fördernd, in einer homogenisierenden, reduzierenden Perspektive diskutiert. Mit dem Bezug auf Konzepte von Zivilgesellschaft oder »Ein Europa der Arbeit/-er« entfernen sich Linksliberale zunehmend vom Marxismus. Auf europäischer Seite zeigt offensichtlich ein ursprünglicher Orientalismus seine Bedeutung in Diskurs und Manipulation. Eine Diskussion über die Europazentriertheit der Europäischen Linken hat aber auch eine eigene besondere Relevanz. Das Problem besteht sowohl in den Parlamenten vertretenen und unter dem Einfluss der neoliberalen Hegemonie stehenden, als auch außerhalb stehenden Sozialisten. Die Tatsache, dass die Linke das europäische Kapital darin unterstützt sich eine internationale hegemoniale Stellung zurückzuerobern, deutet darauf hin, dass die eigene Stellung und Interessen aus den Augen verloren gehen.

Joachim Becker

Wirtschaftsuniversität, Wien

In gewisser Weise dreht sich die Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei auch um den Charakter des europäischen Integrationsprojektes: Ob es sich um eine immer stärker verdichtete Union oder um einen flexibel erweiterbaren Binnenmarkt handeln soll? Allerdings würde ich diese Debatte als etwas verspätet ansehen. Denn spätestens mit der Erweiterung um 10 Staaten und die damit verbundene Zunahme

der sozio-ökonomischen und politischen Heterogenität hat sich das Projekt eines Ausbaus der europäischen Staatlichkeit, wie sie vor allem christdemokratische und sozialdemokratische Parteien in den Zentrumsstaaten vertreten haben, meines Erachtens erledigt. Ich bin mir jedoch nicht sicher, inwieweit sie sich bewusst sind, wie stark die Veränderungen in der EU durch die jüngste Erweiterung sind. Die liberalen Parteigänger eines flexibel erweiterbaren Binnenmarktes waren grundsätzlich für die Osterweiterung und haben durch diese auch weiteren Zuwachs erfahren.

Zum Teil läuft die Debatte um die Türkei tatsächlich entlang dieser Linie. Die prononciert liberalen Kräfte sind für eine eventuelle Mitgliedschaft der Türkei. Sie erwarten, dass der Charakter der EU als Binnenmarktunion weiter gestärkt würde. Europäische Konzerne erhielten privilegierten Zugang zum türkischen Markt und es gäbe eine weitere Option zur Verlagerung von Betrieben. Auch die Stärkung einer liberalen Orientierung der türkischen Politik und geopolitische Erwägungen – wie die Türkei als Brücke in den Nahen Osten – werden angeführt. Komplexer stellt sich die Lage bei den sozial- und christdemokratischen Parteien dar. Teils sind sie, wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. In diesem Fall führen sie vor allem politische Argumente – wie die Stärkung einer liberalen und parlamentarisch-demokratischen Ordnung in der Türkei oder die Stabilisierung der Region – an. Möglicherweise erhoffen sie sich außenpolitisch auch, dass sich die Türkei politisch stärker an den westeuropäischen Kernstaaten orientiert und insofern auch etwas von den USA löst. Allzu offen wird der Wettstreit mit den USA um Einflussphären aber nicht thematisiert. Neben »neo-orientalistischen« Diskurselementen führen die – vor allem christdemokratischen, teils aber auch sozialdemokratischen – Skeptiker gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei vor allem die dann noch größere Heterogenität der EU an. Zuweilen sprechen sie – teils in rassistisch eingefärbter Diktio – auch Wünsche nach Protektion vor Konkurrenz, speziell Konkurrenz um Arbeitsplätze an. Zu den Wählern dieser Pluri-Klassen-Parteien gehören gerade auch Kleingewerbetreibende, daneben oft auch Arbeiter. Für die christdemokratischen Parteien ist der konfessionelle Faktor immer noch wichtig für das Zusammenhalten einer klassenmäßig heterogenen Wählerschaft. Sie fürchten offenbar, dass mit der Türkei die Debatte um die Frage Trennung zwischen Kirche und Staat, die in vielen europäischen Staaten nur sehr unvollständig vollzogen worden ist, neuen Auftrieb bekommen könnte.

Allerdings haben GegnerInnen wie ein Großteil der BefürworterInnen ein ähnliches Türkei-Bild. Es ist neo-orientalistisch verfasst: Die Türkei wird, wie die Gesamtregion, als inhärent autoritär wahrgenommen. Die Region gilt ihnen aufgrund ihrer muslimischen Bevölkerungsmehrheit als instabil und zur Gewalt neigend. Die Schlüsse, die aus diesem Bild gezogen werden, gehen allerdings bei Befürwortern und Gegnern auseinander. Die einen wollen die Türkei in der EU »zivilisieren«, die anderen wollen eine asymmetrische »privilegierte Partnerschaft« mit der Türkei und orientalistische Feindbilder pflegen.

Der Beschluss des Europäischen Rates zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vom 17.12.2004 ist eher ein Jein als ein Ja. Die Beitrittsgespräche sind an zahlreiche Bedingungen geknüpft, erstmals werden für einen Beitrittskandidaten sogar dauerhafte Ausnahmeregelungen bei Kernelementen des EU-Vertrages als Möglichkeit ins Auge gefasst. Damit ist die Verhandlungssituation noch asymmetrischer als bei den osteuropäischen Beitrittsländern.

Trotzdem sieht die regierende liberal-islamische AKP den EU-Beschluss als Erfolg. Sie hat sich fast alternativlos auf den EU-Beitritt orientiert. Sie hofft über die Allianz mit der EU das »kemalistische« bürokratisch-militärische Establishment entmachten zu können und so ihre politischen Positionen dauerhaft zu festigen. Auch die Kapitalverbände – TÜSIAD des lang etablierten Kapitals und der eher der AKP nahestehende MÜSIAD der aufstrebender anatolischen Kapitalgruppen – sind eindeutig für den Beitritt. Ihren Interessen kommen die liberalen Konditionen der EU entgegen.

Zu den Verlierern eines EU-Beitritts dürften Kleinlandwirtschaft und -gewerbe zählen. Diese Gruppen haben sich noch kaum artikuliert. Denkbar schiene mir, dass eine EU-skeptische Positionen dieser sozialen Sektoren von nationalistischen Parteien aufgegriffen werden könnten. Integrations-skeptizismus fände so, ähnlich wie heute schon in Polen, seinen Ausdruck eher in nationalistischer denn in sozialer Form.

In der Debatte der KurdInnen in der Türkei sind an eine EU-Mitgliedschaft Hoffnungen nach einer Stärkung von kulturellen und politischen Minderheitenrechten und der Anerkennung der Kurden als eigenes »Volk« geknüpft. Teils wird der Wunsch nach territorialer Autonomie – nach dem Vorbild der baskischen Provinzen oder Kataloniens in Spanien bzw. Südtirols in Italien – formuliert. Letztere Erwartung dürfte allerdings nicht in Erfüllung gehen.

Erkennbar ist das kulturalistische und geopolitische Elemente insgesamt die Debatte um einen Beitritt der Türkei bestimmen und dem gegenüber polit-ökonomische und soziale Argumente, zumindest im medialen Mainstream, zurückstehen.

Kurtar Tanyılmaz

Marmara Universität, Istanbul

Die EU ist ein Integrationsprojekt für sich; d.h. es wird festgelegt, welche Länder integriert, welche ausgeschlossen werden. Nur die Antworten auf die Fragen, warum und für wen diese Integration notwendig ist, können uns ermöglichen, die EU-Türkei Beziehungen auf ihre wirklichen Verhältnisse zu begreifen. Die Weltwirtschaftskrise ist noch nicht zu Ende und verschärft sich mit verheerenden Folgen insbesondere für die arbeitenden Klassen. Die strukturellen Widersprüche dieser Krise liegen weder in den neuen Technologien oder in der »Regulationsweise«, noch in der falschen Politik einer von Machtgier befangenen »transnationalen« Elite begründet. Sie liegen in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen selbst, die die »wahren Schranken« der kapitalistischen Akkumulation bilden. Die dementsprechend zuspitzenden Konkurrenzbedingungen zwingen zusammen mit dem Verfall der ehemaligen Ostblockländer die europäischen Großkapitale, einen Wirtschaftsraum zu schaffen, mit dem sie gegen den US-amerikanischen und den japanischen Block bestehen können. Der Handel innerhalb der Blöcke wird tendenziell größer als der zwischen den Blöcken. Die großen Handelsblöcke schotten sich zunehmend voneinander ab. Die EU ist daher sozusagen ein Hegemonie- und Herrschaftsprojekt des europäischen Kapitals bei der zunehmenden imperialistischen Rivalität und nicht zu verwechseln mit Völkerverständigung oder Demokratie.

Der Integrationszweck der Türkei in dieses Projekt ergibt sich aus diesem Konkurrenz-zwang. Die europäische Bourgeoisie will die Türkei (genauer die türkischen arbeitenden Klassen), wie bei der Osterweiterung, aus zwei wesentlichen Gründen

mit in dieses Projekt einbeziehen: Aus »geostrategischen« Gründen als »Reservearmee« und als Exportplattform (Nutzung der billigen Arbeitskraft) und Sprungbrett (Absatzmärkte) für die Wirtschaftsregion Naher Osten. Die voneinander abweichenden Interessen und die sich daraus ergebenden Auseinandersetzungen verschiedener nationaler Kapitalgruppen innerhalb der EU haben bei den Beitrittsverhandlungen der Türkei durch verschiedene Vertreter ausdrücklich ans Tageslicht gebracht, welche »humanistische« Vorstellungen sie eigentlich haben und welche Rolle sie der Türkei beimessen.

Zwei sich gegenseitig ergänzende Denkartenspiele bei der Interpretation der EU-Türkei-Beziehungen spielen eine bestimmende Rolle. Erstens der falsche Gegensatz von Markt und Staat bzw. von Staat und (Zivil-)Gesellschaft und zweitens das Etappen- bzw. Stadiendenken von der bürgerlichen Demokratie zur realen Demokratie. Genau diese Denkweise (»Nur ein geeintes Europa könne, so die Argumentation, im entfesselten Global-Kapitalismus neue Regeln des sozialen Ausgleichs und der ökologischen Umgestaltung durchsetzen«) wird bei der Türkei-Diskussion übernommen. Sowohl den EU-Beitritt bejahende links-liberale Vorstellung, durch einen EU-Beitritt nicht nur die US-Hegemonie zu kompensieren, sondern auch die Demokratisierung des »totalitären« türkischen Staates zu ermöglichen, als auch den EU-Beitritt quasi verneinende links-nationalistische Denkrichtung, die »Interessen der Nation« gegenüber dem »globalisierten« Kapital zu bewahren, wurzeln aber auf diesem falschen Gegensatz beruhende Aussage: Mittels neuer Technologien hat das Kapital die Produktionsverhältnisse »transnationalisiert«. Jetzt soll man gegenüber dem »Terror der Ökonomie« die Politik durch eine Re-etatisierung demokratisieren und eine »alternative« Globalisierung ermöglichen. Die EU repräsentiert laut dieser Aussage eine Machtverlagerung von ökonomischen Körperschaften (»transnationales Kapital«) hin zu politischen Körperschaften (à la »Zivilgesellschaft«). Bei dieser Denkweise (Primat der Politik über die Ökonomie herstellen oder zuerst Demokratie dann...) zu insistieren, bildet nach wie vor das Dilemma der Linken: Einerseits Nostalgie (»Wohlfahrtsstaat« im »Goldenen Zeitalter«) andererseits Neo-Kautskyianismus (da man sich der »ökonomischen Entwicklung« nicht entgegensetzen könne, sollte man sich an die Spitze des Innovatismus stellen und für eine neue produktivistische soziale Basis kämpfen). Anstatt durch institutionelle »Innovationen« wie der EU auf den nächsten Aufschwung zu setzen und die europäische und türkische Arbeiterklasse einer demobilisierenden und entpolitizierenden Verwirrung zu überlassen, könnte man aus den bitteren Folgen der ersten (1914) und der zweiten (1929) großen Depression, wobei beide jeweils mit einem Weltkrieg endeten, zumindest Lehren ziehen.

Hans-Jürgen Bieling

Philipps-Universität, Marburg

Aus türkischer Sicht ist der EU-Beitritt in erster Linie durch die Interessen von potentiellen Integrationsgewinnern bestimmt, die mit dem Verweis auf externe Verpflichtungen die marktliberalen Modernisierungs- und Reformprozesse im Inneren politisch leichter organisieren können. Die durch die Beitrittsperspektive stimulierten Wachstumsimpulse dürften jedoch begrenzt sein, zumal zunächst keine Mittel aus den EU-Fonds fließen. Auf der anderen Seite ist für die EU das wirtschaftliche Interes-

se an der Türkei eher gering, schließlich gibt es bereits eine Zollunion. Es ist vielmehr das neu entdeckte geopolitische Moment der EU-Außenpolitik (in der Europäischen Sicherheitsstrategie und der Konzeption des »wider Europe«), das die Türkei – als Drehscheibe zwischen dem Nahen Osten, dem Balkan und dem Schwarzen wie Kaspischen Meer sowie als Energieumschlagplatz und -transitland – zu einem ganz wichtigen Kooperationspartner macht. Die politischen Statements von führenden Politikern wie Javier Solana und Joschka Fischer oder auch die politisch-konzeptionellen Grundüberlegungen von einflussreichen Regierungsberatern wie Herfried Münkler lassen hieran kaum einen Zweifel.

In den meisten EU-Staaten, so auch in Deutschland, ist der Diskurs über einen EU-Beitritt der Türkei vor allem durch die Kluft zwischen den Beitrittsbefürwortern in den Regierungen und der skeptischen bis ablehnenden Haltung der Bevölkerung geprägt. Die politische Opposition neigt in manchen Ländern dazu, diese Kluft wahl-taktisch auszunutzen zu wollen. Unterstützt durch namhafte Wissenschaftler, Intellektuelle und Journalisten reproduziert sich im öffentlichen Diskurs zumeist jene Kritik, die bestehende Ängste und Vorurteile dadurch verstärkt, dass sie eine wesenhafte islamisch-autoritäre Kontinuitätslinie vom osmanischen Reich bis zur türkischen Republik konstruiert. Historische Brüche werden ebenso ignoriert, wie die Möglichkeit einer durchgreifenden Demokratisierung und politischen Liberalisierung der Türkei von vornherein ausgeschlossen wird. Anstatt sich mit den eigentlichen Problemen auseinander zu setzen – für die Türkei: die Rolle des Militärs, Folter und Menschenrechtsverletzungen oder der forcierte wirtschaftliche Wettbewerbs- und Anpassungsdruck; für die EU: der absehbare Militarismus-Schub –, ist die öffentliche Diskussion in Westeuropa noch immer durch eine defensiv-abwehrende Perspektive geprägt, die die Türkei primär als einen religiös-kulturellen Sprengsatz für die EU und ihre nationalen Gesellschaften wahrnimmt.

Aslı Odman

Bilgi Universität, Istanbul

Die Frage nach der Einschätzung der EU-Türkei Beziehungen und der Interessenslagen, die darin involviert sind, kann man umdrehen: Welche Interessenslagen werden durch dieses formelle und asymmetrische Verhältnis ausgeklammert? Von welchen Bevölkerungsteilen werden derzeit die einfachsten ökonomischen Interessen (Arbeit, reguläres Einkommen) mit einem gewissen Erfolg unsichtbar gemacht und bleiben an den Rändern dieses Verhältnisfeldes? Der Wunsch nach der Umdrehung der Frage ist kein rein stilistischer. Er stellt meiner Meinung nach auch die Brücke zu Ihrer zweiten Frage, nämlich der Frage nach dem diskursiven Feld der EU-Türkei Debatte: Wer kommt überhaupt zu Wort und definiert das »Gemeinwohl« für alle anderen? Ich begrenze mich dabei auf eine Momentaufnahme von dem, was meiner Meinung nach die innertürkische Debatte auslöst.

Nach den Beschäftigungszahlen des staatlichen statistischen Amtes (DIE) für 2004 sind 23 Millionen Menschen in der Türkei aus einer Gesamtbevölkerung von 70 Millionen offiziell erwerbstätig. Die offizielle Erwerbsquote nach Deduktion von Kindern, Schülerinnen, Studentinnen, Soldaten, Hausfrauen und Alten beträgt somit 50%. Innerhalb dieser offiziell als erwerbstätig angenommenen Quote betrug 2004 der Anteil des informellen Sektors 55%. Bei Frauen ist dieser Anteil mit 75%

im Vergleich zu den Männern mit 50% überproportional hoch. Die offizielle urbane Jugendarbeitslosigkeit beträgt 26%, die als die Spitze des Eisbergs von einer großen informellen und prekären Arbeitswelt betrachtet werden sollte. Man/Frau braucht auch keine zahlreichen Monographien über Arbeitsverhältnisse, sondern Alltagsbeobachtungen z.B. in Istanbul reichen oft aus, um festzustellen, dass eigentlich auch die nicht als offiziell als erwerbstätig angegebenen Bevölkerungsteile, nämlich Hausfrauen, Schülerinnen, Studentinnen, Pensionistinnen arbeiten und versuchen, irgendwie informell zu Geld zu kommen. Soviel zur urbanen Arbeitswelt, deren »warum« und »wie« nicht als prioritärer Punkt auf der politischen Tagesordnung steht. Auf die Tagesordnung finden soziale Zu- und Missstände nur in einer teleologisch auf den EU-Beitritt gerichteten Form Zugang, was ihre Dynamik bis zur Unerkennbarkeit verzerrt.

Die Landwirtschaft stellt für insgesamt 40% der Bevölkerung eine wichtige Erwerbsquelle dar. Das bedeutet, dass derzeit 28 Millionen Menschen geographisch auf und ökonomisch von dem Land leben, das wesentlich durch eine Kleinbesitzstruktur geprägt ist. Dabei schöpft sich die Hälfte der offiziellen Erwerbsquote aus der ländlichen Bevölkerung. Wenn über das »Problem Landwirtschaft« im Prozess der Türkei-EU Integration gesprochen wird, überrascht es, wie fast die Hälfte der Bevölkerung, der Legitimationsbasis des türkischen Staates, zum »Problem« degradiert wird. Ein »Problem«, das – wie mehrmals unterstrichen wurde – »sicher nicht durch die Fonds der Common Agricultural Policy gelöst werden wird«.

Wenn wir mit dem Jargon des Ökonomen oder des Statistikers über den informellen Sektor in der Türkei sprechen, sprechen wir somit zahlenmäßig den größeren Teil der Bevölkerung und die dominante Arbeitsweise an.

Das Türkei-EU Verhältnis ist aber ein formelles und verrechtlichtes. Dieser Prozess läuft auf die Formalisierung von informell schon stattfindenden neuen Arbeits- und Verräumlichungsprozessen hinaus. Wir können diese Tendenzen im neuen Arbeitsrecht und in der Gesetzesvorlage zur Reform des öffentlichen Dienstes nachspüren. Der Geist dieser beiden Gesetze sind in ihrer heutigen Form so, dass sie allgemein Dezentralisierung der sozialen Regulation und die Mikroregionalisierung, was auf eine weitere Informalisierung hinausläuft, begünstigen.

In der innertürkischen Debatte zur EU, die wir jeden Tag in den Medien und akademischen Publikationen zu Gesicht bekommen, werden diese strukturellen Transformationen oft als Anhängsel einer Zivilisationsrhetorik benutzt: Die links- und rechtsliberalen Positionen wollen die EU, weil sie »die Türkei« durch Import von Menschenrechtsstandards oder aber Kapital zivilisieren wollen. Die links- oder rechtsnationalistischen Positionen lehnen sie ab, weil sie »die Türkei« »einheimisch« durch die nationalen Eliten zivilisieren wollen. Der ahistorische und positivistische Verwestlichungs- und Entwicklungsdiskurs bleibt erhalten. Das Elitenprojekt EU-Integration ist in dem Umfang effektiv, indem es erfolgreich die widersprüchlichen Klassen-, Geschlechts- und Generationeninteressen im selben Projekt des transformierten Kapitalismus aufgehoben darstellen kann.